

Bund verzichtet auf eigene Abklärung

Aarburger Gemeinderätin Bircher schildert das mutmassliche Märchen eines Eritreers

Von Beni Gafner, Bern

«Kein Wunder, hat das Staatssekretariat für Migration letztes Jahr nicht mehr Fälle aufgedeckt, bei denen in der Schweiz lebende Flüchtlinge ferienhalber in ihr ursprüngliches Heimatland gereist sind.» Dieser Gedanke sei ihr durch den Kopf gegangen, als sie in der *Sonntagszeitung* gelesen habe, dass im Staatssekretariat für Migration letztes Jahr nur gerade 145 Fälle unerlaubter Heimreisen nachgewiesen wurden, bei Eritreern gerade einmal sechs. So sagt es Martina Bircher, Aarburger SVP-Gemeinderätin und Sozialvorsteherin, im Gespräch mit der BaZ. Sie kann mit einem konkreten Fall belegen, wie das zuständige Staatssekretariat untätig blieb. Als offizielle Begründung dafür betete das SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga unterstellte Amt jene Version nach, mit der sich der Eritreer in Aarburg versuchte aus der Affäre zu ziehen. Selber unternahm beim SEM in der Sache niemand etwas.

Bircher sagt, es sei ein absoluter Zufall, dass man bei der Gemeindebehörde von der mutmasslichen Heimreise des Eritreers erfahren habe. Weder die Gemeinde noch der Kanton können eigenständige Abklärungen treffen; dies obliege alleine dem Bund, also dem Staatssekretariat für Migration (SEM). «Ich behaupte, dass die Dunkelziffer enorm hoch ist und wir als Gemeindebehörde im Normalfall nichts mitkriegen, wenn anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene vorübergehend in ihr Heimatland reisen, in dem sie angeblich an Leib und Leben gefährdet sind. Und wenn wir als Gemeinde durch Zufall einen Anhaltspunkt haben, dann unternimmt das SEM nichts.»

«In Eritrea in den Ferien»

Der vorliegende Fall betrifft einen Eritreer, der den Behörden unter drei Identitäten bekannt ist. Dass der Mann über Wochen in seiner Unterkunft in einem ehemaligen Hotel in Aarburg nicht präsent war, merkten die Behörden nur, weil ihm über längere Zeit erfolglos versucht wurde, eine Gerichtsurkunde zuzustellen. Schliesslich schickten die Gemeindebehörden die Regionalpolizei los, um herauszufinden, wo der Eritreer sein könnte. Die Polizisten sprachen mit Bekannten des Mannes, Zimmernachbarn, allesamt Flüchtlinge, die, wie der Gesuchte

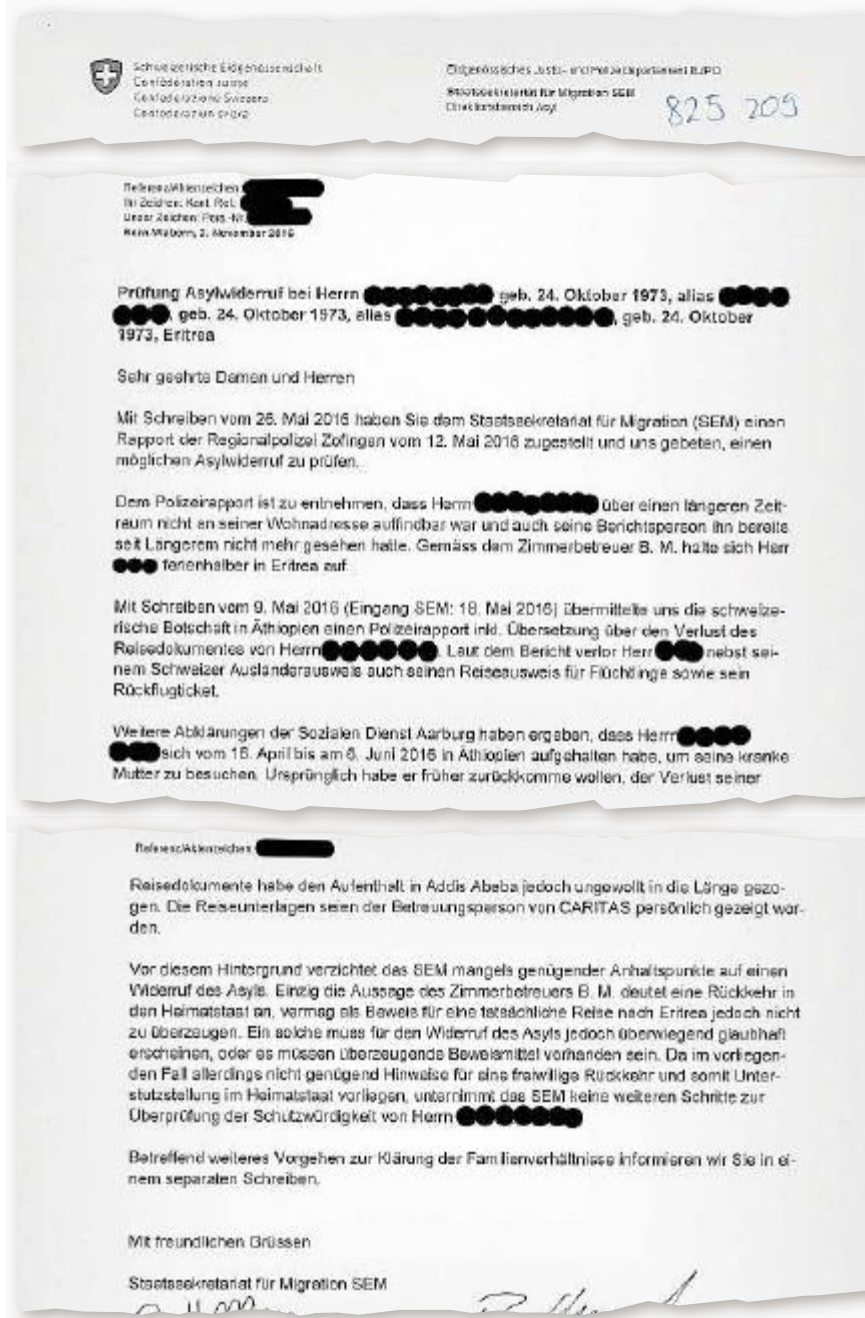


«Bund bleibt untätig.» Gemeinderätin Martina Bircher (SVP) ärgert sich über das Staatssekretariat für Migration.

selbst, von der Sozialhilfe leben. Sie bekamen zu hören, der Mann sei in Eritrea in den Ferien. Der Polizeibericht landete bei der Gemeinde und beim Kanton. Als sich der Gesuchte nach einiger Zeit bei den Behörden meldete, um seine Sozialhilfe zu erhalten, fragten diese nach, wo er gewesen sei. Er gab an, sich über den gesamten Zeitraum in Äthiopien aufgehalten zu haben, wo er seine kranke Mutter besucht habe. Er habe dort seine Ausweispapiere verloren, auch das Rückflugticket sei ihm abhandengekommen. Weil die Beschaffung neuer Papiere viel Zeit in Anspruch genommen habe, sei er so lange weg gewesen.

Bircher bedauert: «Das Einzige was wir als Gemeindebehörde tun konnten, war dem Mann die Sozialhilfe zu kürzen, und zwar für jene Zeit, in der er gar nicht bei uns war.» Der Kanton habe sich dann ans SEM gewandt mit dem Antrag, die Asylgewährung für den Mann zu widerrufen.

Man sehe von einem Widerruf ab, weil nicht genügend Beweise vorlägen, schrieb das SEM zurück. Als Hauptbegründung wiederholt die zuständige SEM-Beamtin, was der Eritreer dem Aarburger Sozialdienst seinerzeit erzählt hatte. Dies protokollierten die Aarburger und schickten es zur Überprüfung des Wahrheitsgehalts dem SEM in den Beilagen zum Fall. Als Begründung für den Verzicht im SEM, eigene Abklärungen anzustellen, lasen die erstaunten Aarburger Behördenvertreter also Auszüge aus ihrem eigenen



Bund lässt die zentrale Frage offen. Hat der Eritreer seine gestempelten Papiere in Äthiopien absichtlich entsorgt?

Protokoll über das mutmassliche Märchen des Eritreers. «Mehr können wir in dieser Sache nicht tun», sagt Bircher sichtlich genervt.

Überschaubare Folgen

Die Sozialbehörde versucht nun, dem Eritreer eine andere mutmassliche Lüge nachzuweisen. Dieser hat, so vermuten sie, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, Teile seiner Familie in die Schweiz nachgezogen. Es stelle sich die

Frage, ob es sich überhaupt um seine eigenen Angehörigen handelt. Jetzt soll ein DNA-Test Klärung bringen.

Die Folgen für den Eritreer bleiben überschaubar, egal, was die Abklärungen ergeben. Er darf so oder so in Aarburg bleiben, auch wenn ihm, im schlimmsten Fall für ihn, der Flüchtlingsstatus aberkannt würde. Er wäre dann fortan einfach «vorläufig Aufgenommener». Denn nach Eritrea heimgeschickt wird niemand.

Neue Anlaufstelle will der Kesb und den Betroffenen helfen

Stiftung soll Zusammenarbeit mit der Behörde verbessern

Zürich. Die vor vier Jahren geschaffene Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) steht immer wieder in der Kritik. Eine neue unabhängige Anlaufstelle namens «Kindes- und Erwachsenenschutz» (Kescha) in Zürich will nun Betroffenen Perspektiven aufzeigen und Eskalationen verhindern. Die ständige Kritik an der Kesb habe eine Stimmung erzeugt, welche die Zusammenarbeit erschwere, betonte Guido Fluri, Vorsitzender der gleichnamigen Stiftung, welche die Kescha initiiert hat. Heute stünden politische Vorstösse im Raum, die darauf abzielten, die Kesb zu schwächen.

Die Stiftung hatte vor vier Jahren die Wiedergutmachungs-Initiative für die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen initiiert. Vor zwei Jahren habe man bei den Opfergruppen, die sich bei der Stiftung gemeldet haben, eine Veränderung bemerkt, sagte Fluri. «Plötzlich kamen nicht nur ehemalige Heim- und Verdingkinder, sondern auch junge Mütter und Väter in die Beratung, die von Problemen mit der Kesb berichteten und bei uns verzweifelt Hilfe suchten.» An diesem Punkt habe die Stiftung gemerkt, dass es eine «neue, eigenständige, neutrale Anlaufstelle für Kindes- und Erwachsenenschutzfragen» brauche.

Im Gegensatz zu den Kritikern will die Stiftung laut Fluri die Kesb nicht schwächen. Für einen guten Kindes- und Erwachsenenschutz brauche es

professionelle und empathische Behörden. Die Kescha wolle jedoch, dass Betroffene ihre Rechte und Pflichten kennen und für ihre Rechte einstehen können. «Vor allem aber wollen wir Eskalationen verhindern und Betroffenen Perspektiven aufzeigen, damit der Dialog mit den Fachbehörden und Beiständen wieder aufgenommen werden kann», sagte Fluri. Es gebe Personen, die Angst vor der Kesb oder dem Beistand hätten und sich aus diesem Grund einer Zusammenarbeit verweigerten.

Kein neues Gesetz nötig

Realisiert wurde die neue Anlaufstelle gemeinsam mit dem Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik, der Stiftung Kinderschutz Schweiz, der Kinderanwaltschaft Schweiz, der Organisation Pflege- und Adoptivkinder Schweiz und der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz. Betreut wird die Einrichtung an der Limmatstrasse in Zürich vorläufig von zwei Mitarbeitenden. Ein Ausbau sei jedoch geplant, sagte Fluri. Die Kosten würden in den nächsten zwei bis drei Jahren von der Stiftung getragen.

Für Nationalrat Christian Lohr (CVP, TG), Vizepräsident von Pro Infirmis und Kescha-Vorstandsmitglied, ist klar: Kritik an der Kesb ist ernst zu nehmen. Für die anzustrebenden Verbesserungen brauche es keine langwierigen gesetzlichen Änderungen, die bestehende Gesetzgebung reiche aus. SDA

Buntes Komitee gegen Zuwanderungs-Gesetz

Einzelkämpfer Nenad Stojanovic erhält Unterstützung

Bern. Die mangelhafte Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative treibt Bürger auf die Barrikaden. Nicht weniger als vier Bürgerkomitees haben gestern in Bern eine Lanze für die direkte Demokratie gebrochen.

Die Steuerung der Zuwanderung sei das wichtigste politische Thema, sagte der Tessiner Politologe Nenad Stojanovic. Es sei daher problematisch, wenn sich das Volk nicht zum Umsetzungsgesetz äussern könne. Damit überlasse man das Feld populistischen Parteien, die der Classe politique «Landesverrat» vorwerfen könnten.

Demokratiopolitische Motive

Stojanovic hatte das Referendum im Alleingang ergriffen. Inzwischen haben sich drei Komitees dem Einzelkämpfer angeschlossen. Auch für sie stehen nicht die Probleme der Zuwanderung, sondern demokratiopolitische Überlegungen im Vordergrund.

Ingrid Sigg von der «Bürgerrechtsbewegung Schweiz» sprach von einem «institutionellen Putsch». Ohne Referendum könne das Parlament in Zukunft bei jeder Volksinitiative eine ganz andere Lösung diktieren als jene, die das Volk beschlossen habe. Ein solcher Präzedenzfall könne jede Gruppe treffen.

Auch für die Zuger Studentin Sandra Bieri ist es demokratiopolitisch

höchst bedenklich, dass sich keine Partei für ein Referendum gegen die «Nichtumsetzung des Verfassungsauftrags» einsetzt. Sie will ein Zeichen «ans Establishment» setzen, dass das Volk in wichtigen Fragen nicht übergangen werden darf.

Der parteilose Zuger Kantonsrat Willi Vollenweider rief zum «demokratischen Volksaufstand» auf. Die eklatante Missachtung des Volkswillens sei der beste Nährboden für radikale Bewegungen aller Art, so der Präsident der armeefreundlichen Gruppe Giardino. Von allen Gegenkomitees geht es einzig Vollenweiders «Bürgerbewegung.ch» ausdrücklich auch um die Zuwanderung. Diese dürfe nicht noch jahrelang weiter zum Schaden der Schweiz bewirtschaftet werden.

Der Seitenhieb zielte auf die SVP, mit der sich Vollenweider wegen der Armeeform überworfen hatte. Die SVP distanziert sich vom Referendum. Sie arbeitet stattdessen auf eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens hin. Die SVP-nahe Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) hat bereits eine entsprechende Initiative angekündigt.

Unterstützt wird das Referendum von den Schweizer Demokraten. Die Frist für das Referendum läuft am 7. April ab. Der Urnengang dürfte am 24. September stattfinden. SDA

Nachrichten

Mehr Geld für die Intensivpflege

Bern. Die Gesundheitskommission des Ständerats will Familien entlasten, die ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen. Der Intensivpflegezuschlag soll von maximal 1414 Franken auf 2350 Franken erhöht werden. Die Kommission hat einen entsprechenden Beschluss des Nationalrats einstimmig gutgeheissen. Die Mehrkosten für die IV belaufen sich auf 26 Millionen Franken pro Jahr. SDA

Genf subventioniert Solaranlagen

Genf. Der Kanton Genf will auf seinen Gebäuden die Solarenergie fördern. Die Anlagen werden von den Industriellen Betrieben Genf eingerichtet und finanziert. Der Kanton Genf verpflichtet sich im Gegenzug während 25 Jahren als Abnehmer des Stroms. Die Solar-Panels sollen auf Neubauten sowie auf den existierenden Gebäuden des Kantons platziert werden. SDA

Ständeräte wollen tiefere Prämien für Kinder

Bern. Kinder sollen höhere Prämienverbilligungen erhalten. Das hat die Gesundheitskommission des Ständerats mit knapper Mehrheit beschlossen. Der Vorschlag ist Teil einer Vorlage, mit der Kinder und junge Erwachsene bei den Krankenkassenprämien entlastet werden sollen. Die Einzahlungen für diese Altersgruppe sollen um 50 Prozent reduziert werden, was den Krankenkassen erlaubt, Prämienrabatte von schätzungsweise 92 Franken pro Monat zu gewähren. SDA

Mit mehr Richtern Asylrekurse abbauen

Bern. Geht es nach der ständerätlichen Rechtskommission, darf das Bundesverwaltungsgericht während der nächsten zwei Jahre bis zu vier zusätzliche Richter anstellen. Das soll es dem Gericht erlauben, die hängigen Asylrekurse abzubauen. Die Kommission hat eine Verordnung der Bundesversammlung mit diesem Inhalt ausgearbeitet. Sie will damit zur Beschleunigung der Asylverfahren beitragen. Noch 2013 hatten die Räte einen Antrag des Bundesrats für eine Aufstockung um drei Stellen abgelehnt. SDA

Höhere Strafen für Gewalt gegen Beamte

Bern. Die Rechtskommission des Ständerats will Beamte von Sozialdiensten, Betreibungsämtern, vor allem aber Polizisten besser vor Gewalt schützen. Sie hat eine Ständesinitiative des Kantons Bern angenommen. Diese fordert einen höheren Strafrahmen für Gewalt und Drohung gegen Beamte. Die Gerichte sollen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verhängen können. Heute kämen Gewalttäter oft mit bedingten Strafen davon, heisst es in der Initiative. SDA

Pädophilen-Initiative nicht direkt anwendbar

Bern. Nach Ansicht der Rechtskommission des Ständerats ist die Pädophilen-Initiative nicht direkt anwendbar. Sie will den Verfassungsauftrag mit einem Gesetz umsetzen. Laut Kommissionsmehrheit enthält der Verfassungstext zu viele unbestimmte Begriffe, um von den Gerichten direkt angewendet werden zu können. Gemäss Verfassungstext soll pädosexuellen Straftätern unabhängig von den konkreten Umständen lebenslang verboten werden, mit Kindern zu arbeiten. SDA

Mehr Dienstpflichtige leisten Zivildienst

Bern. 2016 wurden wieder mehr Dienstpflichtige zum Zivildienst zugelassen, nämlich 6169. Das sind 333 mehr als 2015. Die Anzahl geleisteter Diensttage stieg von 1,6 Millionen auf 1,7 Millionen. Das zeigt eine Übersicht der Vollzugsstelle für den Zivildienst. Der Trend zum Zivildienst wird nicht überall gerne gesehen. Der Zivildienst sei zu attraktiv, erklärte Armeechef Philippe Rebord letzten Herbst. SDA